

RS OGH 1991/3/12 4Ob17/91, 4Ob16/91, 4Ob108/91, 4Ob54/92, 4Ob126/93, 4Ob156/93, 4Ob47/94, 4Ob1088/94

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 12.03.1991

Norm

UWG §14 A1

ZPO §226 IIB12

Rechtssatz

Bei der Frage, wie weit das Unterlassungsgebot zu reichen hat, wird immer auf die Umstände des einzelnen Falles abzustellen sein; dabei kommt es insbesondere auf die Natur des Verstoßes und das bisherige Verhalten des Beklagten, aber auch auf eine Abwägung der Interessen beider Parteien an: Macht etwa ein Unternehmer eine unrichtige Angabe über bestimmte Eigenschaften einer seiner Waren, dann ergibt sich daraus noch nicht das Bedürfnis, ihm jegliche irreführende Äußerung - also etwa auch über die Größe seines Unternehmens, seine Preisgestaltung oder dergleichen - zu untersagen.

Entscheidungstexte

- 4 Ob 17/91

Entscheidungstext OGH 12.03.1991 4 Ob 17/91

Veröff: ÖBl 1991,105 = WBl 1991,265

- 4 Ob 16/91

Entscheidungstext OGH 12.03.1991 4 Ob 16/91

Veröff: ÖBl 1991,108

- 4 Ob 108/91

Entscheidungstext OGH 14.01.1992 4 Ob 108/91

nur: Bei der Frage, wie weit das Unterlassungsgebot zu reichen hat, wird immer auf die Umstände des einzelnen Falles abzustellen sein; dabei kommt es insbesondere auf die Natur des Verstoßes und das bisherige Verhalten des Beklagten, aber auch auf eine Abwägung der Interessen beider Parteien an. (T1) Veröff: MR 1992,125 (Korn)

- 4 Ob 54/92

Entscheidungstext OGH 12.05.1992 4 Ob 54/92

Vgl auch

- 4 Ob 126/93

Entscheidungstext OGH 16.11.1993 4 Ob 126/93

Ähnlich; Beisatz: Hier: Beurteilung der Frage, ob das begehrte Unterlassungsgebot von einem bereits bestehenden Exekutionstitel erfasst ist. (T2) Veröff: SZ 66/145

- 4 Ob 156/93

Entscheidungstext OGH 14.12.1993 4 Ob 156/93

nur: Bei der Frage, wie weit das Unterlassungsgebot zu reichen hat, wird immer auf die Umstände des einzelnen Falles abzustellen sein. (T3)

- 4 Ob 47/94

Entscheidungstext OGH 10.05.1994 4 Ob 47/94

Beisatz: Aus dem geltend gemachten Verstoß der Beklagten gegen das gesetzliche Gebot, in bestimmten Fällen Warnhinweise an Produkten anzubringen, kann die Klägerin nicht den Anspruch ableiten, der Beklagten ganz allgemein den Vertrieb kosmetischer Produkte zu untersagen, "die den dafür jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen". "Lancaster Sonnenkosmetik". (T4)

- 4 Ob 1088/94

Entscheidungstext OGH 20.09.1994 4 Ob 1088/94

nur T3

- 4 Ob 1135/94

Entscheidungstext OGH 22.11.1994 4 Ob 1135/94

nur T3

- 4 Ob 90/95

Entscheidungstext OGH 21.11.1995 4 Ob 90/95

nur T1

- 4 Ob 2191/96a

Entscheidungstext OGH 12.08.1996 4 Ob 2191/96a

Auch; nur T3

- 4 Ob 123/98m

Entscheidungstext OGH 05.05.1998 4 Ob 123/98m

Auch; nur T3

- 10 Ob 37/05x

Entscheidungstext OGH 03.10.2006 10 Ob 37/05x

Auch; nur T3

- 4 Ob 47/07a

Entscheidungstext OGH 20.03.2007 4 Ob 47/07a

- 9 ObA 93/15i

Entscheidungstext OGH 24.09.2015 9 ObA 93/15i

Auch; nur T3

- 4 Ob 59/17f

Entscheidungstext OGH 13.06.2017 4 Ob 59/17f

nur T1

- 4 Ob 175/17i

Entscheidungstext OGH 24.10.2017 4 Ob 175/17i

Auch; nur T1, nur T3

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1991:RS0037734

Im RIS seit

15.06.1997

Zuletzt aktualisiert am

08.01.2018

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at